



Detailansicht des Registereintrags

Weibernetz e. V. Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit Beeinträchtigung

Aktuell seit 24.02.2026 09:01:50

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|---|
| Registernummer: | R004306 |
| Ersteintrag: | 25.04.2022 |
| Letzte Änderung: | 24.02.2026 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 24.02.2026 |
| Tätigkeitskategorie: | Nichtregierungsorganisation (NGO) |
| Kontaktdaten: | Adresse: Samuel-Beckett-Anlage 6 34119 Kassel Deutschland Telefonnummer: +4956172885312 E-Mail-Adressen: brigitte.faber@weibernetz.de Webseiten: www.weibernetz.de |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

280.001 bis 290.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Monika Bach**
Funktion: Vorstand
2. **Ulrike Jährig**
Funktion: Vorstand
3. **Magdalene Ossege**
Funktion: Vorstand
4. **Jennifer Taube**
Funktion: Vorstand
5. **Ümmahan Gräsle**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Martina Puschke**
2. **Brigitte Faber**
3. **Beatrice Gómez-Barroso**
4. **Monika Bach**
5. **Ulrike Jährig**
6. **Magdalene Ossege**
7. **Jennifer Taube**
8. **Ümmahan Gräsle**

Gesamtzahl der Mitglieder:

91 Mitglieder am 24.02.2025, davon:

77 natürliche Personen

14 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Deutscher Frauenrat
2. Deutscher Behindertenrat
3. Liga Selbstvertretung
4. CEDAW Allianz Deutschland
5. Bündnis Istanbul-Konvention

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Menschenrechte; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Weibernetz e. V. ist die derzeit einzige bundesweite Selbstvertretungsorganisation von Frauen/Lesben und Mädchen mit Beeinträchtigung. Satzungsgemäßes Ziel ist die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigung in allen Lebensbereichen. Dieses Ziel soll insbesondere verwirklicht werden durch den Dialog mit der Politik, die Arbeit im Spannungsfeld zwischen bundesweiter Behinderten- und Gleichstellungspolitik, bundesweite Gremienarbeit, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Reform Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Beschreibung:

- Reform des AGG, insbesondere die Aufnahme der Verpflichtung privater Anbieter (so auch Versicherungen, Banken, Arztpraxen, Kinos, Restaurants etc.) zu einer barrierefreien Gestaltung ihrer Angebote.
- Aufnahme der Verpflichtung zur Anwendung „Angemessener Vorkehrungen“ gemäß UN-Behindertenrechtskonvention Artikel 5 Absatz 3.
- Aufnahme von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Vorgaben.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

2. Reform Bundesgleichstellungsgesetz (BGG)

Beschreibung:

Aufnahme der Verpflichtung privater Anbieter (so auch Versicherungen, Banken, Arztpraxen, Kinos, Restaurants etc.) zu einer barrierefreien Gestaltung ihrer Angebote.

Betroffenes geltendes Recht:

BGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512090008](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

3. **Reform Gewaltschutzgesetz (GewSchG)**

Beschreibung:

- Gesetzliche Konkretisierung des Anspruchs auf einkommens- und vermögensunabhängige pflegerische Notversorgung und Notfallassistenz im Falle der Wegweisung einer Tatperson, die Pflege/Assistenz leistet.
- Einführung von Regelungen, die auch bei dem Auftreten von Gewalt in Einrichtungen oder für den Fall, dass auch die Tatperson eine Behinderung hat Schutz gewährleisten (Stichwort Betreuungsrecht, Stichwort Näherungsverbot, Stichwort Mangel an barrierefreiem Wohnraum).

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511270020 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

4. **Geplantes Gewalthilfegesetz**

Beschreibung:

Verankerung eines bundeseinheitlichen Rahmens für den bedarfsgerechten umfassend barrierefreien Ausbau von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen bzw. des Hilfesystems im neuen Gewalthilfegesetz

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

5. **Konkretisierung und Ergänzung Sozialgesetzbuch Neuntes Buch SGB IX**

Beschreibung:

- § 37a: die Konkretisierung der Maßnahmen im Gesetzestext durch verpflichtende gesetzliche Qualitäts- und Mindeststandards, Verankerung des Gewaltschutzes als Qualitätsmerkmal sowie die Einführung von Sanktionen bei Nichteinhaltung des Gesetzes.

- Schaffung einer unabhängigen Stelle für die Qualitätssicherung und Zertifizierung von Gewaltschutzkonzepten nach § 37a Abs. 1 SGB IX

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

6. Erstellung eines Aktionsplans für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen

Beschreibung:

- Aufnahme gesetzlicher Vorgaben/Regelungen für Arztpraxen in Bezug auf Barrierefreiheit insbesondere im Bereich der Gynäkologie, sowie für therapeutische Praxen,
- Verpflichtung zu Aus- Fort- und Weiterbildungen des medizinischen Personals im Kontext von Geschlecht und Behinderung

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMBFSFJ**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Projektförderung "Politische Interessenvertretung behinderte Frauen"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Weibernetz-Jahresabschluss-2025_Lobbyregister.pdf](#)